

Nr. 18/760

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Durchsetzung eines Mindestlohns im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Juni 2013
(Drucksache [18/952](#))
2. Armutsbekämpfung neu denken: Enquete-Kommission einsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2013
(Drucksache [18/958](#))
3. Situation von Contergan-Opfern im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. Juni 2013
(Drucksache [18/966](#))

Nr. 18/761

Folgende Vorlagen sind von den Antragstellern zurückgezogen:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherchutzgesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. November 2012
(Drucksache [18/637](#))
1. Lesung
2. Mehreinnahmen aus Zensus-Ergebnissen für nachhaltige Verbesserungen in Bildung, Jugend und Soziales einsetzen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. Juni 2013
(Drucksache [18/955](#))

Nr. 18/762

Fragestunde

1. Flüge der Bundeswehr am Flughafen Bremen
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD
vom 18. Juni 2013
2. Entwicklung der Lehrerinnen- und Lehrerstellen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 19. Juni 2013

3. Ausschöpfung von Mitteln aus EU-Fonds
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 19. Juni 2013
4. Funktionsfähige Schusswaffen aus Kunststoff
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2013
5. Metalldiebstähle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 20. Juni 2013
6. Inklusive Pädagogik auch als Schwerpunkt für das Lehramt an Gymnasien und Oberschulen?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Silvia Schön, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Juni 2013
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. Juni 2013
Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.
8. „go cluster“ ohne Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Juni 2013
9. Straftaten von Angehörigen ethnischer Clans im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 27. Juni 2013
10. Auswirkungen der Abgabe von dienstlichen Mobiltelefonen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Juni 2013
11. Novellierung des Niedersächsischen Hundegesetzes
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Juli 2013
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
12. Im Studentakt von Bremerhaven nach Hamburg
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Karin Garling, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 3. Juli 2013
13. Soziale Wohnraumförderung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 4. Juli 2013
14. Bremer Mittelstandsbericht
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Juli 2013
15. Kürzung des Stipendienprogramms des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juli 2013

16. Geht Bremen baden? Entwicklung der Nichtschwimmerzahlen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Erwin Knäpper, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 31. Juli 2013
17. Reisebewegungen Bremer Islamisten nach Syrien
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 5. August 2013
18. Unterrichtsmaterial zu „Deutsch als Zweitsprache“ für alle Schulen
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. August 2013
19. Sicherstellung des muttersprachlichen Unterrichts in Kurdisch
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 22. Juli 2013

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/763

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„EFRE-Fördergelder in Millionenhöhe durch versäumte Fristen gefährdet – Wie konnte das passieren, Herr Günthner?“;
2. auf Antrag des Abgeordneten Wolfgang Jägers, Dieter Reinken, Manfred Oppermann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD:
„Stellwerkprobleme bei der Deutschen Bahn – Gefahr auch für den Bremer Bahnknoten?“;
3. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
„Befreiung von der EEG-Umlage: Stromkunden zahlen für Industrierabatte“.

Nr. 18/764

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 27. August 2013

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Mitteilung des Senats über den vom Senat beschlossenen Beitritt zur Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie den USA andererseits (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP)“ – Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz
Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013
(Drucksache [18/934](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

2. Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurücknehmen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Juni 2013
(Neufassung der Drucksache [18/964](#) vom 18. Juni 2013)
(Drucksache [18/978](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.
3. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 18. Juni 2013
(Drucksache [18/971](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Theresa L o t h

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Kai-Olaf Jünemann zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Landesmediengesetzes
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2013
(Drucksache [18/975](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013
(Drucksache [18/940](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
6. Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über den Beitritt des Landes Sachsen-Anhalt zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“
Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2013
(Drucksache [18/980](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/765

Sozialraummonitoring vereinheitlichen? – Nachvollziehbare und transparentere Entscheidungen ermöglichen!

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Februar 2013
(Drucksache [18/783](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Mai 2013

(Drucksache [18/919](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/766

Energiekosten öffentlicher Gebäude

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2013
(Drucksache [18/858](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Juni 2013

(Drucksache [18/968](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/767

Energiecontrolling, Energiesparmaßnahmen und energetische Sanierung für öffentliche Gebäude

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1040](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bürgerschaft (Landtag) in einem Energiebericht jährlich darzustellen, wie sich der Energieverbrauch, die hierdurch verursachten CO₂-Emissionen und die Energiekosten der öffentlichen Gebäude entwickeln. Dazu gehören die Darstellung spezifischer Werte und die Einordnung mit Hilfe von Benchmarks. Für die durchgeführten Energiesparmaßnahmen und energetischen Maßnahmen ist zudem ein Vorher-Nachher-Vergleich durchzuführen.
2. die Voraussetzungen zu schaffen, dass im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel, jährlich mindestens zwei Ausschreibungen für ein Energiespar-Contracting durchgeführt werden können.
3. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Förderdarlehen der KfW zu Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen optimal nutzen zu können.

Nr. 18/768

Wohnen in Kleingartengebieten („Kaisenhäuser“) rechtlich absichern

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. April 2013
(Drucksache [18/883](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Juni 2013

(Drucksache [18/969](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/769

Mehr Eigenverantwortung an Bremer Schulen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Mai 2013
(Drucksache [18/892](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013

(Drucksache [18/932](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/770

Sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. April 2013
(Drucksache [18/891](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. Juli 2013

(Drucksache [18/986](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/771

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 31. Mai 2013
(Drucksache [18/928](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/772

Bremisches Gesetz über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe

Mitteilung des Senats vom 30. April 2013
(Drucksache [18/884](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/773

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 31. Mai 2013
(Drucksache [18/928](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1001.

Nr. 18/774

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Aussetzung der Diätenerhöhung für die Jahre 2013 und 2014

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 18. Juni 2013
(Drucksache [18/963](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1001.

Nr. 18/775

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung – Artikel 154a LV, Artikel 129 LV
vom 10. Juli 2013

(Drucksache [18/1001](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 18/776

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 20 vom 21. August 2013

(Drucksache [18/1028](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/777

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und des Gesetzes über das Verfahren beim Bürgerantrag – Bürgerantrag erleichtern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Juni 2012

(Drucksache [18/476](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1032.

Nr. 18/778

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Keine Privatisierung ohne Volksentscheid

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012

(Drucksache [18/506](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1032.

Nr. 18/779

Gesetz zur Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Juli 2012

(Neufassung der Drucksache [18/445](#) vom 5. Juni 2012)

(Drucksache [18/516](#))

2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache 18/1032.

Nr. 18/780

Zwischenbericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung – Änderung der Artikel 70, 72, 87, 148, 131a, 131b, 131c der Bremischen Landesverfassung vom 23. August 2013

(Drucksache [18/1032](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Artikel 1 des Gesetzes zur Erleichterung von Bürgeranträgen und Stärkung der direkten Demokratie in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung zur Kenntnis.

Nr. 18/781

Sonderbericht nach § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Radio Bremens

Bericht des Rechnungshofs

vom 12. März 2013

(Drucksache [18/820](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Sonderbericht des Rechnungshofs nach § 99 LHO über die wirtschaftliche Lage Radio Bremens Kenntnis.

Nr. 18/782

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Sonderbericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen nach § 99 LHO über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Radio Bremens vom 6. März 2013 (Drs. 18/820) vom 26. August 2013

(Drucksache [18/1033](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.